

Rede bei der Demonstration am 11.01.1986  
zur Ermordung von Ramazan Avci in Hamburg

Meine Damen und Herren!

Liebe Freunde!

Eine türkische Zeitung von gestern, Günaydin, berichtete über die Hinrichtung eines 37-jährigen Türken durch Neo-Nazis.

Sami Dilsizoglu, so heißt dieser Türke, wurde laut Angaben dieser Zeitung, in der Nähe von München im Wald (Hohen Brunn) an einem Baum aufgehängt gefunden.

Die Polizei soll vorerst diesen Fall von voriger Woche als Selbstmord bezeichnet und geheim gehalten haben. Die Ermittlungen und Recherchen belegten jedoch laut dieser Zeitung auch, daß dieser Türke von Neo-Nazis ermordet worden sein soll.

Falls dieser Bericht zutreffen sollte, wurden seit Weihnachten 2 und in den letzten 6 Monaten 3 Türken Opfer des Rassismus.

Bereits vor knapp zwei Jahren erzählte mir ein türkischer Arbeiter aus Hannover, daß er sich nach 20 Uhr nicht mehr zutraue, auf die Straße oder gar zum Telefonieren zu einer Telefonzelle zu gehen. Ein Freund von ihm, so berichtete dieser Landsmann, sei von Neo-Nazis durch Prügel schwer verletzt worden. Kurz danach kehrte er in die Türkei zurück.

Wir haben immer wieder von ähnlichen Angriffen der rassistisch gesinnten Gruppen auf Türken und Ausländer gehört.

In jüngster Zeit haben wir aber mit einer neuen Dimension dieses Terrors zu tun: Die Skin-Heads machen bundesweit und vor allem in einigen Großstädten Jagd auf Ausländer, besonders auf Türken. Ramazan Avcı und 6 Monate zuvor Mehmet K. wurden von dieser Gruppe hier in dieser Stadt bestialisch ermordet, nicht weil sie mit Skins Ausschreitungen hatten, sondern weil sie Ausländer und Türken waren.

In dieser, auch unserer schönen Stadt Hamburg ist es so weit gekommen, daß nunmehr zehntausende Türken und Ausländer Angst haben, abends aus ihrer Wohnung auszugehen.

Diese Entwicklung der letzten Jahre und Monate ist nicht vom Himmel gefallen. Sie ist die durchaus logische Folge einer "Ausländer-Halbierungspolitik", die seit der Wende angekündigt wurde.

Wer als Bundeskanzler, als Bundesminister für Inneres oder als Innensenator von Berlin von zuviel Ausländern und Türken redet und deren Halbierung zum politischen Programm macht,

- wer die ausländische Wohnbevölkerung zu Sündenböcken für Engpässe, beispielsweise auf dem Arbeitsmarkt macht,

- wer mit weiteren restriktiven Maßnahmen die ohnehin minderen Rechte der ausländischen Wohnbevölkerung noch mehr beschneiden will,

- kurz wer eine Politik gegen die Minderheiten in diesem Lande macht,

der darf sich nicht mehr wundern, wenn rassistische Skins oder Neo-Nazis Jagd auf Ausländer und Türken machen und die Ausländer per Gewalt vertreiben wollen.

Auf der anderen Seite können wir uns nicht recht vorstellen, weshalb die Angriffe und der Terror der Skins und Neo-Nazi-Gruppen von zuständigen und verantwortlichen Organen nicht unterbunden werden können, wenn die richtige Einschätzung und der gute Wille da sind? Zumal wir sehr gut wissen, daß diese Sicherheitskräfte gerade in diesem Lande ihre Aufgaben perfekt wahrzunehmen in der Lage sind.

Ich möchte es hier unverschleiert sagen: Bei großen Teilen der ausländischen Bevölkerung macht sich die Meinung stark, daß sie nicht genügend geschützt werden. Mehr noch: Teile der Sicherheitskräfte und der Justiz sollen ihre Aufgabe nicht unparteiisch wahrnehmen, wenn sie mit Ausländern zu tun haben.

Es ist nicht meine Aufgabe, diese Auffassung vieler Ausländer zu belegen, sondern die Aufgabe der Angesprochenen in dieser Stadt, mit Taten und nicht mit Worten diese Meinung zu widerlegen.

Meine Damen und Herren, auch von den Medien!

Liebe Freunde!

Lesen Sie bitte die Slogans, die wir, 24 zu einem Bündnis zusammengeschlossene türkische Vereine, Organisationen, Moscheen, Sportclubs und viele Einzelpersonen als Gewerkschafter und Betriebsräte, uns zu eigen gemacht haben. Diese zeigen, was wir mit unserem gemeinsamen Vorgehen wollen.

Ich lese sie:

1. Wir trauern um Ramazan Avci
2. Schluß mit Ausländerfeindlichkeit und Rassismus
3. Wir sind Einwanderer
4. Gleichberechtigung
5. Niederlassungsrecht
6. Wahlrecht für Einwanderer
7. Solidarisches Zusammenleben
8. Doppel-Staatsangehörigkeit
9. Freundschaft statt Feindschaft
10. Verbot der HLA und FAP.

Wir wollen als naheliegendstes Ziel:

- mit allen demokratischen Mitteln gegen die rassistischen Angriffe und gegen die zunehmende Ausländerfeindlichkeit eine Front bilden und dem rassistischen Terror Einhalt gebieten!

Aber wir wollen auch für die Festigung der Demokratie und des sozialen Friedens in der Bundesrepublik Deutschland:

- eine völlige Neuorientierung in der bisherigen Ausländerpolitik maßgeblich beeinflussen.

Die bisherige Ausländerpolitik, und zwar aller Parteien, ist gescheitert. Sie stiftet keine Solidarität und Freundschaft zwischen den Deutschen und ethnischen Minderheiten, sondern vielmehr schürt sie die Ausländerfeindlichkeit und die rassistischen Tendenzen. Sie macht die Einwanderer zu Sündenböcken für das Versagen vor allem bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und zunehmender Armut in diesem Lande.

Diese Ausländerpolitik hat versagt, weil sie eine Millionen gebürtige Bundesrepublikaner der ausländischen Bevölkerung weiterhin als Ausländer mit minderen Rechten behandelt.

Mehr als 60 % aller Ausländer leben nunmehr länger als 10 Jahre in diesem Lande, fast alle mit ihren Familien. Ihre Kinder sprechen besser Deutsch als ihre Muttersprache.

Die bisher verfolgte Ausländerpolitik und das geltende Ausländerrecht ignoriert diese Tatsachen und betrachtet und behandelt die hier verwurzelten Einwanderer nach wie vor als sogenannte "Gastarbeiter".

Wenn auch dieser Begriff heute selten zu hören ist, weil es lächerlich klingt für Menschen, die seit 10 und 20 Jahren in einem Lande leben, so herrscht weiterhin der "Gastarbeiter-Rechtsstatus" für diese Menschen.

Wir betonen immer wieder:

Wir sind zwar türkischer, italienischer, griechischer, spanischer, jugoslawischer oder portugiesischer Herkunft, längst sind wir jedoch ein fester Bestandteil

dieser Gesellschaft geworden. Wir haben uns hier niedergelassen.

Wir bekennen uns zu diesem Lande und zu dieser Gesellschaft.

Deshalb wollen wir: unsere GLEICHSTELLUNG.

Hier machen wir konkrete Vorschläge.

Wir sagen: Für Einwanderer muß ein neuer Rechtsstatus geschaffen werden, der die Einwanderer weitestgehend den deutschen Staatsbürgern gleichstellt und alle Diskriminierungen auf rechtlichen, sozialen, ökonomischen und politischen Bereichen beseitigt.

Wir haben diesen neuen Rechtsstatus Niederlassungsrecht genannt. Die Fraktion der Grünen im Bundestag hat in Übereinstimmung mit uns einen diesbezüglichen Gesetzesantrag dem Bundestag vorgelegt.

Dieses Niederlassungsrecht beinhaltet auch das Wahlrecht für Einwanderer.

Darüber hinaus schlagen wir vor: Zumindest für eine Übergangsphase die Doppelstaatsangehörigkeit für die Einwanderer einzuführen.

Ein weiterer Schritt wäre: All denjenigen Einwanderern, die beispielsweise seit 8 oder 10 Jahren hier leben und arbeiten, einen Rechtsanspruch auf die Annahme der deutschen Staatsbürgerschaft zu gewähren.



Es ist den realen Tatsachen widersprechend, wenn die höchsten Repräsentanten öffentlich kundtun, wer hier bleiben wolle, solle die deutsche Staatsangehörigkeit erwerben, obwohl dies rechtlich und in der Praxis nicht einmal für 1 % der Einwanderer möglich ist.

Liebe Freunde, meine Damen und Herren!

Eine glaubwürdige und zukunftsorientierte Ausländerpolitik kann nicht mehr vom Verständnis ausgehen, wir, die Ausländer, seien hier provisorisch. Sie muß vielmehr uns, die Einwanderer, als einen festen Bestandteil dieser Gesellschaft akzeptieren. Sie muß den Einwanderern die Wege zur Gleichstellung in allen Bereichen, und zwar zur praktizierten Gleichstellung, freimachen.

- Nur so wird es möglich sein:

Freundschaft statt Feindschaft zu ernten.

- Nur so wird es möglich sein:

Deutsche und nationale Minderheiten - trotz unterschiedlicher Kulturen und Religionen - solidarisch, gutnachbarlich in der Bundesrepublik Deutschland zusammenleben zu lassen.

- Nur so wird die deutsche Bevölkerung vielleicht sogar insgesamt:

die Einwanderer zu diesem Lande zugehörig sehen und auch akzeptieren.

- Nur so wird es möglich sein:

rassistischen, anti-ausländischen Tendenzen den Boden zu entziehen.

Ich appelliere vor allem an die Medien, an alle Parteien, Gewerkschaften und Kirchen, uns auf diesem Wege zu einem solidarischen Zusammenleben hier auch in unserer Stadt und in der Bundesrepublik Deutschland tatkräftig zu unterstützen.

Zum Schluß möchte ich auch an die ausländischen und vor allem an die türkischen jugendlichen und jungen Menschen appellieren:

- Laßt Euch nicht provozieren von dieser rassistischen Terrorgruppe,  
laßt uns gemeinsam aber gewaltfrei, ja, ich betone es, gewaltfrei, dagegen vorgehen.

Seht liebe junge Menschen:

Wir haben hier in Hamburg tausende aufrichtige und engagierte Demokraten, die fest auf unserer Seite stehen, wir haben Medien, die aufrichtig versuchen, auf Versäumnisse der Verantwortlichen aufmerksam zu machen und öffentlichen Druck zu erzielen, daß sie korrigiert werden.

Im Namen der türkischen Bevölkerung in Hamburg, und ich darf auch sagen in der Bundesrepublik Deutschland und in Berlin-West, möchte ich allen unseren deutschen und anderen ausländischen Organisationen und Einzelpersonen danken, daß sie ihre Solidarität so machtvoll hier mit uns manifestieren.

Wer im Recht ist, wird auch mit Sicherheit das Recht erkämpfen!